

Bärbel Höhn

Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen

Neue Maßstäbe setzen: Die Bedeutung der Umweltökonomischen Gesamtrechnung für die Nachhaltigkeitsstrategien der Länder

Herr Professor Meyer, Herr Kehlenbach, Herr Dr. Schoer, Herr Professor Gerß,
meine Damen und Herren,

zunächst herzlichen Dank für die Einladung zu diesem Thema. Ich freue mich aus zwei Gründen:

Der erste ist natürlich, dass ich als Umweltministerin daran interessiert bin, wie wir Nachhaltigkeit auf den unterschiedlichsten Ebenen implementieren können, wie wir besser nachweisen können, ob wir wirklich auf dem richtigen Weg sind, und wie wir die Daten für ein Monitoring bekommen, mit dem wir den Erfolg unserer Aktivitäten auch messen können.

Der zweite Grund ist der, dass ich ja auch eine Vergangenheit vor meiner Zeit als Politikerin habe, als Mathematikerin mit Schwerpunkt Statistik und Wahrscheinlichkeitstheorie. Deshalb ist es für mich natürlich interessant, hier zu einem solchen Thema auch einmal aus einem ganz anderen Blickwinkel sprechen zu können.

Die Arbeit an der Umweltökonomischen Gesamtrechnung des Bundes hat vor 15 Jahren begonnen, also schon kurz vor der Verabschiedung der „Agenda 21“ in Rio. Das zeigt nicht nur, dass sich auch damals schon sehr viele Gremien um Nachhaltigkeit gekümmert haben. Das zeigt vor allem, dass es für die Nachhaltigkeit wichtig ist, die volkswirtschaftlichen Kosten unseres Handelns im Auge zu behalten und dass wir auch die Methoden unserer Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung hinterfragen müssen. Vielleicht sehen wir dabei, dass sich unsere Leitzahlen ein Stück überholt haben, und dass wir sie wieder auf den Prüfstand stellen müssen.

Wenn wir uns zum Beispiel das Bruttosozialprodukt anschauen und sehen, dass es steigt, dann freuen wir uns zunächst einmal. Wenn wir dann aber genauer hinschauen, erkennen wir, dass das Bruttosozialprodukt hauptsächlich deshalb gestiegen ist, weil vermeidbare Umweltschäden teuer repariert werden mussten. Ein übrigens wachsender Anteil am Bruttosozialprodukt. Längst stellt sich also die Frage, ob der Indikator Bruttosozialprodukt wirklich so gut ist oder ob wir ihn nicht zugunsten anderer Variablen überdenken müssen.

Nehmen wir zum Beispiel den Rhein, an dessen Ufer wir heute tagen. Wir haben den Rhein in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch besiedelt – allein in Nordrhein-Westfalen leben 1,4 Millionen Menschen in ehemaligen Überflutungsgebieten des Rheins. Es ist schon jetzt keine Frage mehr, dass diese Besiedlung durch die dadurch notwendigen extrem teuren Hochwasserschutzmaßnahmen erhebliche Kosten nach sich gezogen hat und wir dafür in Zukunft noch viel mehr zahlen müssen.

Die Maßnahmen, die wir zum Hochwasserschutz am Rhein durchführen, gehen in die Milliarden. Sie sind die Konsequenz aus den beiden Rheinhochwassern 1993 und 1995, als sich der Rhein die Innenstadt von Köln als Rückhalteraum gesucht hat – was für die Kölner Bevölkerung keineswegs angenehm war.

Denken Sie an das Elbhochwasser vor zwei Jahren: Wenn das Bruttosozialprodukt steigt, weil man für Hochwasserschäden bezahlen muss, dann ist das ja nichts, worauf man stolz sein kann. Es ist vielmehr ein Fehler aus der Vergangenheit für den wir jetzt teuer bezahlen müssen, und dessen Vermeidung für die Volkswirtschaft sinnvoller gewesen wäre.

Wir müssen deshalb stärker darauf schauen, dass wir Fehler vermeiden und vorsorgend tätig sind. Wir müssen die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auch für uns selber, auch für die Politiker, transparenter machen und um Umwelt- und Nachhaltigkeitsindikatoren ergänzen, damit wir auch mit Blick auf die nahe Zukunft im eigentlichen Sinne volkswirtschaftlich effizient arbeiten.

Die Grundlage dafür ist in der Tat die Idee der Nachhaltigkeit. Dass die „Agenda 21“ aktueller denn je ist, sehen wir auch an den Diskussionen, die wir rund um die „Konferenz für Erneuerbare Energien“ geführt haben, die vor wenigen Tagen in Bonn stattgefunden hat.

Die war zum Beispiel von Diskussionen über die Veränderung und den Wirtschaftsaufbau in China begleitet. China braucht für den Wohlstand, den es erreichen will, sehr viel mehr Energie. Das treibt die Ölpreise hoch. Das treibt die Energiepreise hoch. Das verschärft aber auch das Problem des Klimaschutzes. Die Folge ist eine wachsende Zahl von Unwettern, die überall auf der Welt massive Schäden verursachen. Es gibt mittlerweile Tornados in Nordrhein-Westfalen!

Es geht nicht nur darum, dass es hier vielleicht drei Grad wärmer wird. Das könnten ja viele von uns durchaus als eine Chance begreifen. Die Veränderungen im Klima führen zu mehr Hochwasser und zu großen Schäden im Forstbereich. Wir reden hier über dramatische Klimaveränderungen, dramatische Stürme und dramatische Wetterkatastrophen.

Die Versicherungen diskutieren schon seit 15 Jahren nicht mehr darüber, ob Klimaveränderungen stattfinden oder nicht. Sie haben die Risiken längst in ihre Versicherungsprämien mit eingerechnet. Denn sie sehen an ihren Zahlen, dass die Schäden steigen und dass sie darauf reagieren müssen.

Von daher ist es in der Tat so, dass wir Klimaveränderungen und globale Veränderungen dramatisch spüren. Und das hat damit zu tun, dass 20 Prozent der Erdbevölkerung – das sind wir hier im industriellen Norden der Erde – für 80 Prozent der Emissionen verantwortlich sind. Wenn alle so leben würden wie wir – wir merken ja, dass die Chinesen auf dem Weg sind – dann wissen wir, dass diese eine Erde, die wir zur Verfügung haben, nicht ausreicht, um die Emissionen aller aufzunehmen.

Wir können uns das ausrechnen: Wenn alle so leben wie diese 20 Prozent, die für 80 Prozent der Emissionen zuständig sind, dann brauchen wir nicht eine Erde, dann brauchen wir vier.

Wir haben aber nicht drei weitere im Kofferraum. Und deshalb müssen wir umsteuern und effizienter arbeiten. Wir müssen zeigen, wie man mit intelligenter Technologie viermal so viel aus einer Tonne Öl macht oder zehnmals soviel aus einem Kubikmeter Gas. Im Ansatz zeigen wir das bereits. Denn immerhin ist ein Durchschnittsamerikaner für doppelt soviel CO₂-Ausstoß verantwortlich wie ein Europäer. Und wir leben dabei nicht schlechter als die Amerikaner. Auf einem hohen Niveau haben wir also schon gezeigt, dass Energieeffizienz möglich ist.

Wir sehen aber auch, dass ein Mensch in Bangladesch nur ein Sechzigstel des amerikanischen Pro-Kopf-Verbrauchs hat. Wenn alle diese Länder sich so entwickeln, wie China es momentan tut, dann haben wir ein massives Problem.

Und dann müssen wir noch dazurechnen, dass die Zahl der Menschen auf dieser Erde wachsen wird und dass wir im Jahre 2050 eben nicht 6,4 Milliarden Menschen, sondern eher zehn Milliarden Menschen sein werden.

Wir tun schon viel, auch und gerade in Europa. Wir entwickeln neueste Technik. Aber wir haben auch so etwas wie einen Bumerangeffekt. Auf der einen Seite bauen wir immer effizientere Mikrochips, auf der anderen Seite gibt es aber auch immer mehr Computer und Geräte, in die diese Mikrochips eingebaut werden.

Wir haben auch alle gedacht, der Papierverbrauch würde heruntergehen, wenn überall Computer installiert sind. Aber das ist nicht passiert. Denn wenn man ohne viel Aufwand mit einem Textverarbeitungssystem den Text noch besser und schöner machen

kann, dann druckt man den Text eben zehnmal aus. Früher an der Schreibmaschine hätte man den Text wahrscheinlich nicht zehnmal abgetippt.

Das papierlose Büro ist also nicht entstanden. Wir haben durch diese Entwicklung sogar neue Papierberge produziert.

Beim Auto ist es ähnlich. Wir können zwar heute effizientere Autos bauen, die wenig Sprit verbrauchen. Doch wenn wir uns die neuen Geländewagen anschauen, sehen wir, dass der Trend für einen bestimmten Teil der Bevölkerung in eine ganz andere Richtung geht.

Herr Schwarzenegger hat sich jetzt immerhin entschieden, einen Teil seiner Autos abzuschaffen und in seine Spritschleudern künftig auch moderne Technik wie die Brennstoffzelle einzubauen. Ein kleiner Schritt.

Es muss aber noch mehr passieren. Der Trend zu sparsameren Autos wird dadurch wieder aufgehoben, dass wir einfach mehr Autos anschaffen, dass das Zweit- oder Drittauto in den Familien herumsteht und darauf wartet, auch mal ausgefahren zu werden.

Es geht darum, dass wir zu einer nachhaltigen Lebensweise kommen müssen. In unserer Gesellschaft, in der immer galt, dass mehr auch besser ist, müssen wir jetzt lernen: Weniger ist mehr. Das ist ein Quantensprung in der Veränderung. Das ist eine Kehrtwendung um 180 Grad. Und deshalb ist eine solche Denkweise eben auch schwer zu implementieren, gerade bei denjenigen, die über Jahrzehnte mit einer ganz anderen Zielsetzung erzogen worden sind.

Wenn wir also wirklich so viel effizienter werden wollen, dann müssen wir versuchen, Menschen aus verschiedenen Bereichen zusammenzuführen und über die Grenzen des eigenen Wissens hinaus zu denken.

Denn das haben wir gelernt in unserem „Agenda 21-Prozess“, den wir hier in Nordrhein-Westfalen angestoßen haben. In diesem Prozess sind Menschen aus sehr verschiedenen Bereichen zusammengekommen. Leute aus der Wirtschaft, Leute aus Umweltbereichen und aus Eine-Welt-Bereichen haben gemeinsam versucht, Lösungen zu finden. Und das war schon spannend. Wir hatten plötzlich mit Menschen zu tun, die ganz anders denken und dadurch oft Lösungsansätze in die Diskussion brachten, auf die wir selber in unseren kleinen Fachbereichen gar nicht gekommen wären.

Gemeinsam mit 200 ausgewählten Persönlichkeiten wurden zu den unterschiedlichen inhaltlichen Ebenen der Agenda 21 zunächst beispielhafte Projektideen, dann aber

auch Leitbilder, Ziele und Indikatoren entwickelt. Im Juli 2002 gingen dann 52 „Agenda“-Projekte und Netzwerke an den Start. Denn wir glauben: Wenn wir gute Beispiele entwickeln und damit beweisen, dass es geht, dann werden wir auch Nachahmer in anderen Bereichen finden.

Das Ergebnis dieses partizipativen Agenda-Prozesses haben wir auf einer großen Konferenz in Bonn im November 2003 vorgestellt.

Parallel dazu haben wir einen Zukunftsrat mit 28 prominenten Persönlichkeiten eingesetzt und miteinander überlegt, wie das Land Nordrhein-Westfalen in 15 Jahren aussehen soll. Da waren so unterschiedliche Personen darunter wie Ewald Lienen, Dr. Jürgen Kluge von McKinsey, die Schauspielerin Renan Demirkan oder Dr. Schulenburg vom VCI.

Der Zukunftsrat hat seine Arbeit im Frühjahr dieses Jahres mit seinem vielbeachteten Bericht „Nordrhein-Westfalen 2015: Ressourcen nutzen und Regionen stärken!“ abgeschlossen.

Übrigens hat genau dieser Zukunftsrat auch auf die Notwendigkeit einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung der Länder hingewiesen. Denn im Zukunftsrat ist sehr deutlich geworden, dass wir nicht einfach nur Ziele formulieren können, sondern dass wir das, was wir erreichen wollen, mit Daten überprüfbar machen und absichern müssen. Und es wurde deutlich, dass wir die ökologischen Rucksäcke, z. B. auch die mit Importen und Exporten verbundenen Umweltbelastungen außerhalb unserer Grenzen, in die Gesamtbetrachtung mit einbeziehen müssen.

Denn es nutzt ökologisch wenig, wenn wir unsere Umweltstandards hier so hoch setzen, dass wir für bestimmte Industriezweige die Produktion bei uns unmöglich machen und sie in andere Länder gehen lassen, wo sie weniger strenge Rahmenbedingungen vorfinden. Das ist gesamtgesellschaftlich schlecht für uns und führt global auch nicht zu einer Verbesserung für die Umweltsituation.

Von daher muss das Ziel sein, bei hohen Umweltstandards trotzdem auch Industriebereiche mit umweltpolitisch problematischen Prozessen hier zu halten und dafür auch die ökologischen Lösungen zu erarbeiten. Wir dürfen uns als Industrieländer jetzt nicht allein auf den tertiären Bereich „Dienstleistung“ beschränken und die sogenannten schmutzigen Industriebereiche in andere Länder abdrängen. Das wird in der Summe wenig nützen.

Zwei Punkte der „Agenda 21“ möchte ich noch hervorheben. Das ist einmal die Ökoeffizienz, die ich vorher mit dem Faktor 4 oder dem Faktor 10 beschrieben habe, und das ist zweitens der Freiraumschutz.

Wir haben einen dramatischen Flächenverbrauch in Deutschland und wir sehen, dass wir hier politisch umsteuern müssen. Wir haben es keineswegs geschafft, beim Freiraumschutz eine Wende zu erreichen. Sie wissen zwar, dass die Versiegelung pro Tag bundesweit in den letzten Jahren etwas zurückgegangen ist. Aber das hat mehr mit dem Rückgang in der Baukonjunktur zu tun als mit wirklichen politischen Veränderungen.

Denn solange die Eigenheimzulage und die Entfernungspauschale das Handeln der Menschen bestimmen, ist es attraktiv, in ländliche Regionen zu ziehen, dort Häuser zu erwerben zu Grundstückspreisen, die niedriger sind als in der Stadt, und damit weiter Freiraum zu versiegeln.

Bundesweit liegt der Flächenverbrauch derzeit bei 105 Hektar pro Tag. In Nordrhein-Westfalen sind es seit Jahren ziemlich konstant gut 15 Hektar pro Tag, und wir sehen hier weiterhin den Trend zur Stadtflucht. Das führt bei uns zu einer fortschreitenden Zersiedlung auf dem Land und zu sozialen Problemen in den Städten.

Einem Mehrfamilienhaus, das jetzt neu gebaut wird, stehen neun Einfamilienhäuser gegenüber. Jeder kann sich ausrechnen, was das für den Flächenverbrauch bedeutet, insbesondere weil wir pro Person auch noch immer mehr Wohnfläche in Anspruch nehmen.

Ein Land wie Nordrhein-Westfalen mit seiner hohen Bevölkerungsdichte leidet darunter besonders, weil für den Freiraum auf die Dauer wenig übrig bleibt. Dies trifft die Landwirtschaft, aber natürlich ebenso den Naturschutz und die Artenvielfalt.

Wir brauchen für den Freiraumschutz neben dem Flächenverbrauch weitere Indikatoren, die die Zersiedelungs- und Versiegelungseffekte besser und regional differenzierter beschreiben. Wir setzen in diesem Punkt auch sehr stark auf Ihre weitere Arbeit.

Der zweite Bereich, den ich ansprechen möchte, ist die Ökoeffizienz. Da tun wir sehr viel und da sehen wir auch weiterhin große Chancen. Die Ökoeffizienz ist ein Gewinnerthema, bei dem Umwelt und Wirtschaft zusammenstehen. Denn wo immer es uns mit der Wirtschaft gelingt, in den Produktionsprozessen weniger Abfall, weniger Wasser, weniger Energie zu verbrauchen, da implementieren wir nicht nur Umweltschutz, sondern da sparen die Unternehmen auch Kosten und stärken ihre Position im Wettbewerb.

Deshalb bietet das Umweltministerium auf verschiedenen Ebenen Instrumente an. Das eine heißt Öko-Profit. Da arbeiten wir mit kleinen und mittleren Unternehmen zusammen. Wir haben mittlerweile über 500 Unternehmen dabei. 250 sind noch im Prozess,

258 haben ihn schon abgeschlossen. Durch dieses relativ simple Instrument haben diese Unternehmen bereits 8,5 Millionen € an Betriebskosten pro Jahr eingespart, also 30 000 € jährlich pro Unternehmen, aber eben auch 90,9 Millionen Kilowattstunden Energie, 480 000 Kubikmeter Wasser und 13 000 Tonnen Abfall.

Mit dabei sind übrigens auch viele Verwaltungen und verwaltungsnahe Institutionen, die auch immerhin 1,2 Millionen € eingespart haben – eine gute Sache also auch für die öffentlichen Haushalte.

Auch der Bereich der erneuerbaren Energien nutzt nicht nur der Umwelt. Durch den Einsatz erneuerbarer Energien sparen wir in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur jährlich rund 50 Millionen Tonnen an Treibhausgasen ein, sondern wir haben hier bereits 130 000 Arbeitsplätze geschaffen. Wir wollen den Anteil erneuerbarer Energien vom Basisjahr 2000 aus bis 2010 verdoppeln auf dann 12,5% und bis zum Jahre 2050 die Hälfte unseres Strombedarfs aus erneuerbaren Energien decken. Das ist ein guter Weg, der uns in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht gute Perspektiven bietet.

Aber heute geht es darum, über das zu diskutieren, was schon erreicht worden ist. Das ist eben von Herrn Professor Meyer ja dargestellt worden: Wir brauchen vergleichbare und verlässliche Daten und müssen die Indikatoren des Bundes auf die Länder übertragen. Denn in der Tat haben die Länder alle unterschiedliche Rahmenbedingungen.

Wir haben das auf der Umweltministerkonferenz auch erkannt und Ende 2001 den Bund-Länder-Arbeitskreis „Nachhaltige Entwicklung“ beauftragt, die Indikatoren des Bundes auf ihre Anwendbarkeit für die Länder zu prüfen und sie um weitere aus Ländersicht wichtige Indikatoren zu ergänzen.

Herausgekommen sind 22 Kernindikatoren zur nachhaltigen Entwicklung der Umwelt, für die sich die Länder auf vergleichbare Erhebungsmethoden geeinigt haben. Das ist ganz entscheidend, denn vergleichbare Erhebungsmethoden sind die Basis, um miteinander reden zu können und mit den Daten arbeiten zu können.

Im Frühjahr nächsten Jahres (2005) wird sich die Umweltministerkonferenz diesen Daten und diesen Ergebnissen stellen. Wir wollen erste Erfahrungen, die dann vorliegen, auch bewerten und werden überlegen, wie wir weitermachen.

Ermöglicht wird dies nicht zuletzt durch die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe zur Umweltökonomischen Gesamtrechnung der Länder, die sich, wie Herr Kehlenbach eben schon gesagt hat, bereits 1998 auf Initiative des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen zusammengetan hat.

Die Arbeitsgruppe hat damit begonnen, die aus der Umweltökonomischen Gesamtrechnung des Bundes vorgegebenen Daten zu regionalisieren. Heute auf diesem Kongress werden die ersten Ergebnisse dieser Arbeit präsentiert und wir werden überlegen, wie wir bei der Gesamtrechnung auf Länderebene weiter vorgehen wollen.

Für diese Initiative und die daraus folgenden Aktivitäten und Ergebnisse möchte ich bei dieser Gelegenheit dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen und speziell Ihnen, Herr Präsident Kehlenbach, an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich danken. Es ist hier Pionierarbeit geleistet worden. Das ist nicht immer einfach. Das weiß ich auch. Und deshalb herzlichen Dank für die Arbeit, die Sie angestoßen haben.

Meine Damen und Herren, für alles das brauchen wir Informationen, brauchen wir verlässliche Daten. Eine Chance, die Datengrundlage zu verbessern, bietet die anstehende Novelle des Umweltstatistikgesetzes.

Die Novelle wird zum Beispiel die Abfallstatistik verbessern. Das bestehende alte Gesetz liefert Informationen zum Verbleib der Abfälle, also zur klassischen „End-of-Pipe“-Betrachtung. Für eine nachhaltige Politik brauchen wir aber Daten, die weiter vorne ansetzen. Wenn wir die Probleme gezielt angehen wollen, müssen wir genauer wissen, in welchen Produktionsbereichen die Abfälle entstehen und wie sie dort behandelt oder verwertet werden. Dazu sieht die Novelle eine Erhebung bei den gewerblichen Betrieben zu Entstehung, zum Verbleib und zur Entsorgung von Abfällen vor.

Auch über den Einsatz zertifizierter Umweltmanagementsysteme in den Betrieben brauchen wir bessere Informationen. Wir haben nach EMAS und nach ISO 14001 zertifizierte Betriebe. Wir wollen über den Erfolg dieser beiden Systeme mehr wissen. Wie viele Unternehmen sind zertifiziert und wie viele Beschäftigte sind in diesen Unternehmen tätig? Wir versuchen, dazu mit den Gutachterorganisationen eine freiwillige Berichterstattung zu vereinbaren oder auch dieses Thema in die Novelle zur Umweltstatistik hineinzubringen.

Unser Gefühl und viele Daten zeigen an, dass diese Unternehmen besser dastehen im wirtschaftlichen Vergleich, dass sie beliebter sind bei ihren Mitarbeitern, dass sie engagierter sind und erfolgreicher als andere.

Aber statistische Erhebungen kosten Geld. Wir wollen die Daten möglichst unbürokratisch erheben. Das heißt, wir wollen überall da, wo es geht, neue Primärerhebungen vermeiden und auf Daten zurückgreifen, die wir schon haben.

Im Arbeitskreis zur Umweltökonomischen Gesamtrechnung der Länder arbeiten jetzt, wie ich heute Morgen erfahren habe, 12 statistische Landesämter auf freiwilliger Basis mit.

Die Ergebnisse ihrer Modellrechnungen zeigen, dass wir ohne zusätzliche Erhebungen aus den vorhandenen Daten noch neue Erkenntnisse gewinnen können. Das ist gut und das müssen wir nutzen. Sie zeigen uns, dass man durch die Analyse des Verkehrs und des Handels innerhalb der Bundesrepublik Deutschland aus den auf Bundesebene vorliegenden Daten auch zu verlässlichen Aussagen für die Länder kommen kann.

Die Arbeitsteilung im Arbeitskreis ist ökonomisch und effizient. Sie kommt allen Ländern zugute, im übrigen auch denen, die nicht im Arbeitskreis mitwirken. Das sei diesen vier Ländern, die noch nicht dabei sind, hier noch einmal gesagt.

Der heutige Kongress gibt Ihnen als Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Gelegenheit, ihre Anforderungen an die weitere Regionalisierung der Umweltökonomischen Gesamtrechnung zu diskutieren und die richtigen Schwerpunkte für die weitere Arbeit zu setzen.

Ich wünsche dem Arbeitskreis, dass sich noch weitere Länder anschließen und dass er seine Arbeit mit Erfolg weiterführen kann. Die Umweltministerkonferenz hat sich bereits für eine enge Zusammenarbeit mit dem Bund-Länder-Arbeitskreis zur „Nachhaltigen Entwicklung“ ausgesprochen.

Meine Damen und Herren,

ich hoffe, dass Sie hier in Düsseldorf in diesem schönen Ambiente mit dem Blick auf den Rhein gute Ideen entwickeln können und wünsche ich Ihnen viel Erfolg und viel Kreativität für die heutige Sitzung.

Moderation

Prof. Dr. Bernd Meyer

Vielen Dank, Frau Höhn, für Ihr engagiertes Referat. Wir wollen dann fortfahren und kommen jetzt im ersten größeren Block zu den nationalen und regionalen UGR. Ich möchte nun Herrn Dr. Karl Schoer vom Statistischen Bundesamt, den Leiter der UGR des Bundes, bitten, zu uns über Umweltökonomische Gesamtrechnungen und Nachhaltigkeitsstrategie zu sprechen.